

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur ersten Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .		XVIII
<i>Zur Arbeit mit diesem Buch</i> . . . . .		XXII

## Erster Teil

### Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen – Staatszielbestimmungen

<b>§ 1 Grundlagen: Staat und Verfassung – das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland</b> . . . . .	1	1
I. Staat und Staatsrecht . . . . .	1	1
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts . . . . .	1	1
2. Die drei Elemente des Staatsbegriffs . . . . .	2	1
a) Staatsgebiet und Staatsvolk . . . . .	3	1
b) Die Staatsgewalt im Verfassungsstaat . . . . .	5	2
c) Die Staatsgewalt im Bundesstaat . . . . .	7	3
3. Europäische Union . . . . .	8	3
II. Das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	11	5
1. Das Grundgesetz als Verfassung im formellen und materiellen Sinn . . . . .	11	5
2. „Pouvoir constituant“, „pouvoir constitué und europäische Verfassung . . . . .	15	6
Exkurs: Deutsche Einigung, gesamtdeutsche Verfassung und Verfassungsreferendum . . . . .	17	7
3. Landesverfassungen im Bundesstaat . . . . .	18	7
III. Zur Verfassungsinterpretation . . . . .	19	8
<b>§ 2 Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes</b> . . . . .	23	9
I. Staatsgewalt in demokratischer Legitimation – parlamentarische Demokratie . . . . .	23	9
II. Parlamentarische Demokratie – Funktionen des Parlaments . . . . .	27	11
1. Funktionen des Parlaments – Überblick . . . . .	29	12
Exkurs: Das Parlament in der Krise – en quelque façon nul? . . . . .	29a	13
2. Parlamentsvorbehalte . . . . .	30	13

VII

III. Legitimation durch Wahlen – verfassungsrechtliche		
Wahlrechtsgrundsätze . . . . .	39	17
1. Wahlrechtsgrundsätze und Bundeswahlgesetz . . . . .	43	18
2. Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen – Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	46	19
a) Allgemeinheit der Wahl . . . . .	46	19
b) Unmittelbare und geheime Wahlen – Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	47	20
c) Freie Wahlen . . . . .	49	21
3. Insbesondere: Gleichheit der Wahl und Wahlsystem . . . . .	53	22
a) Zählwert- und Erfolgswertgleichheit . . . . .	53	22
b) Das Prinzip der personalisierten Verhältniswahl: Wahlsystem und Wahlverfahren . . . . .	56	23
4. Verfassungsfragen des geltenden Wahlrechts . . . . .	58	25
a) Negatives Stimmgewicht . . . . .	58	25
b) Sperrklauseln . . . . .	59	26
c) Grundmandatsklausel, Überhangmandate und Wahlrechtsgleichheit . . . . .	61	27
d) Wahlprüfung durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	65	28
5. Demokratie und periodische Wahlen . . . . .	67	29
6. Wahlrecht und Staatsangehörigkeit . . . . .	68	30
a) Der Grundsatz: „Volk“ in Art. 20 Abs. 2 GG als Staatsvolk . . . . .	68	30
b) Kommunalwahlrecht und Unionsbürgerschaft . . . . .	70	30
IV. Politische Parteien in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes . . . . .	75	33
1. Politische Parteien – Begriff und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	78	34
2. Freiheit und Gleichheit – verfassungsmäßige Rechte der Parteien . . . . .	82	36
3. Verfassungsfeindliche Parteien, Parteienprivileg und Parteiverbot . . . . .	85	37
4. Parteienfinanzierung . . . . .	89	39
5. Demokratische Binnenstruktur . . . . .	93	40
6. Politische Parteien im Verfassungsprozess . . . . .	96	41
V. Ausübung der Staatsgewalt durch Abstimmungen – direkte Demokratie . . . . .	101	44
1. Direkte Demokratie in den Ländern . . . . .	103	44
a) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	103	44
b) Gemeinsamkeiten und aktuelle Verfassungskonflikte	104	45
2. Direkte Demokratie ins Grundgesetz? . . . . .	111	47
VI. Demokratieprinzip und Europäische Integration . . . . .	114	49
1. Demokratische Legitimation der EU – Demokratiedefizit? . . . . .	115	49

2. Grenzen der Integrationsermächtigung . . . . .	117	51
3. Zur Rolle des Bundestages . . . . .	118b	52
<b>§ 3 Das Gesetz als die zentrale Handlungsform des demokratischen Rechtsstaates . . . . .</b>	<b>120</b>	<b>54</b>
I. Gesetz, Demokratie und Rechtsstaat – grundsätzliche Zusammenhänge und Gesetzesbegriff des Grundgesetzes – Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	120	54
1. Funktionen des Gesetzes – Rechtssicherheit und demokratische Legitimation . . . . .	122	54
2. Der Gesetzesbegriff des Grundgesetzes . . . . .	124	55
a) Formeller Gesetzesbegriff . . . . .	124	55
b) Einzelfallgesetze . . . . .	127	56
3. Keine Gesetzgebung: delegierte Rechtsetzung – untergesetzliches Recht . . . . .	130	57
4. Aufbau der Rechtsordnung . . . . .	132	57
II. Gesetzgebung in verfassungsrechtlicher Gebundenheit – Gesetzesprüfung . . . . .	136	59
1. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	136	59
2. Gesetzesprüfung . . . . .	138	59
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	141	60
1. Systematik der Kompetenzverteilung – Grundregel des Art. 70 GG . . . . .	146	61
2. Feststellung des einschlägigen Kompetenztitels . . . . .	152	63
a) Auslegung der Kompetenznormen . . . . .	153	63
b) Kompetenzmäßige Zuordnung . . . . .	160	65
c) Zuständigkeitskataloge und ungeschriebene Bundeskompetenzen . . . . .	166	66
3. Voraussetzungen der Kompetenzausübung – Art. 71, 72 GG . . . . .	172	68
a) Ausschließliche Bundeszuständigkeit, Art. 71 GG . . . . .	172	68
b) Konkurrierende Zuständigkeit, Art. 72 GG . . . . .	173	68
aa) Gesetzgebungsbefugnis des Bundes, Art. 72 Abs. 2 GG . . . . .	174	69
bb) Gesetzgebungsbefugnis der Länder, Art. 72 Abs. 1 GG . . . . .	177	70
cc) Abweichungsgesetzgebung der Länder, Art. 72 Abs. 3 GG . . . . .	179	71
dd) Rückholmöglichkeit, Art. 72 Abs. 4 GG . . . . .	180	72
ee) Übergangsrecht . . . . .	181	72
4. Zum Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht, Art. 31 GG . . . . .	184	73

IV. Verfahren der Bundesgesetzgebung . . . . .	193	77
1. Gesetzesinitiative . . . . .	195	78
a) Initiativrecht . . . . .	195	78
b) Zur weiteren Behandlung der Gesetzesinitiative . . . . .	197	79
2. Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat . . . . .	201	80
a) Gesetzesbeschluss des Bundestags . . . . .	201	80
b) Beteiligung des Bundesrats . . . . .	204	82
aa) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	204	82
bb) Verfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	205	82
cc) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	211	84
c) Zustandekommen eines Gesetzes . . . . .	213	85
3. Ausfertigung und Verkündung:		
das Abschlussverfahren . . . . .	216	85
4. Verfahren der Verfassungsänderung . . . . .	221	87
a) Formelle Voraussetzungen . . . . .	221	87
b) Materielle Voraussetzungen . . . . .	222	88
V. Landesgesetzgebung . . . . .	223	89
VI. Recht der EU in der Rechtsordnung des Grundgesetzes . . . . .	240	92
1. Rechtsquellen des Gemeinschaftsrechts . . . . .	241	93
2. Gemeinschaftsrecht und Grundgesetz –		
EuGH und BVerfG . . . . .	244	94
a) Vorrang des Gemeinschaftsrechts – Identität		
des Grundgesetzes . . . . .	244	94
b) Identitätskontrolle und ultra-vires-Kontrolle durch		
das BVerfG . . . . .	246	95
c) Sekundäres Gemeinschaftsrecht, innerstaatliches		
Recht und Grundrechte . . . . .	247	95
3. Gesetzgebungszuständigkeiten und EG-Recht . . . . .	250	97
4. Grundgesetz und EMRK . . . . .	252	99
<b>§ 4 Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>255</b>	<b>101</b>
I. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz – Struktur und		
grundsätzliche Bedeutung . . . . .	255	101
II. Das Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz: Gewaltenteilung	260	103
1. Gewaltenteilung im Grundgesetz . . . . .	265	104
2. Legislative, Exekutive, Judikative – die typischen		
Aufgaben . . . . .	266	104
a) Legislative: Normsetzung als parlamentarische		
Gesetzgebung . . . . .	266	104
b) Exekutive: Gesetzesvollzug . . . . .	267	104
c) Judikative . . . . .	268	105
3. Abgrenzungsprobleme, Kompetenzkonflikte . . . . .	271	106
a) Legislative – Exekutive . . . . .	271	106
b) Zur Rechtsprechung . . . . .	272	106
4. Gewaltenteilung und Europa . . . . .	274	107

III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	280	110
1. Vorrang des Gesetzes . . . . .	287	112
2. Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffsakte . . . . .	288	112
3. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt für staatliche Informationstätigkeit . . . . .	294	114
4. Gesetzesvorbehalt und Leistungsverwaltung . . . . .	298	115
5. Wesentlichkeitsvorbehalte . . . . .	304	117
6. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt und „besonderes Gewaltverhältnis“ . . . . .	310	119
7. Zum Einfluss des Europarechts – Rückforderung gemeinschaftswidriger Subventionen . . . . .	311a	119
IV. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Gewaltenteilung und exekutive Normsetzung . . . . .	321	124
1. Rechtsverordnungen . . . . .	323	125
a) Ermächtigung durch Gesetz . . . . .	323	125
b) Adressaten, Verfahren . . . . .	332	127
2. Satzungen . . . . .	340	131
3. Verwaltungsvorschriften, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Gewaltenteilung . . . . .	346	134
V. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit . . . . .	354	137
1. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	354	137
2. Insbesondere: Rechtsklarheit . . . . .	355	138
a) Klarheit und Bestimmtheit der Norm . . . . .	356	138
b) Klarheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung . . . . .	362	140
3. Rechtssicherheit – Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz . . . . .	365	141
a) Das Problem . . . . .	369	142
b) Verbot rückwirkender Strafgesetze: Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	370	142
c) IÜ: Rechtsstaatliches Rückwirkungsverbot . . . . .	374	143
d) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungs- verbots? . . . . .	385	147
e) Gemeinschaftsrecht . . . . .	390	148
VI. Rechtsstaat und Übermaßverbot . . . . .	396	150
1. Grundsätzliche Bedeutung, Elemente des Verhältnis- mäßigkeitsprinzips . . . . .	398	151
a) Das Verhältnismäßigkeitsgebot im Grundgesetz: Bedeutung und Geltungsbereich . . . . .	398	151
b) Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgebots: Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit . . . . .	399	151
c) Geeignetheit und Erforderlichkeit in Verwaltung und Gesetzgebung . . . . .	400	152

d) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn: Das Prinzip der Abwägung . . . . .	405	153
2. Zum Anwendungsbereich des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	409	155
a) Ermessensentscheidungen . . . . .	409	155
b) Eingriffsakte . . . . .	410	155
c) Zwischen Hoheitsträgern? . . . . .	412	156
d) Gemeinschaftsrecht . . . . .	413	156
VII. Justizgewähr, Rechtsschutz und gerichtliches Verfahren:		
Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	416	157
1. Rechtsschutzgarantie und Justizgewährungsanspruch . . . . .	416	157
a) Der grundgesetzliche Anspruch auf Rechtsschutz . . . . .	418	158
b) Voraussetzungen und Tragweite der Rechtsschutzgarantie . . . . .	421	159
aa) Schutz subjektiver Rechte und Grundrechte . . . . .	421	159
bb) Kein Letztentscheidungsrecht der Verwaltung . . . . .	422	160
cc) Verfahrensordnungen und effektiver Rechtsschutz . . . . .	423	160
2. Gerichtsorganisation . . . . .	428	162
a) Gewährleistung der fachlich gegliederten Gerichtsbarkeit? . . . . .	431	163
b) Gewährleistung einer mehrinstanzlichen Gerichtsbarkeit? . . . . .	433	163
c) Das Recht auf den gesetzlichen Richter . . . . .	434	164
3. Gerichtliches Verfahren und Grundgesetz . . . . .	441	166
a) Das Recht auf Gehör . . . . .	443	167
b) Rechtsstaatlichkeit und „Fairness“ des Verfahrens, insbesondere im Strafprozess . . . . .	447	168
VIII. Das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG . . . . .	453	170
<b>§ 5 Das bundesstaatliche Prinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>455</b>	<b>171</b>
I. Grundlagen . . . . .	455	171
1. Geschichtlich . . . . .	458	172
2. Der Bundesstaatsbegriff des Grundgesetzes . . . . .	460	173
a) Staatlichkeit von Bund und Ländern . . . . .	461	173
b) Bundesstaatliche Kompetenzordnung . . . . .	463	174
c) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	464	174
d) Bundesstaatlichkeit als grundlegendes Verfassungsprinzip . . . . .	465	175
e) Bedeutung und Rechtfertigung des bundesstaatlichen Prinzips . . . . .	467	175
3. Ausblick: Bundesstaatlichkeit und Europäische Union . . . . .	468	175

II. Kooperativer Föderalismus und Bundestreue –		
die föderalen Rechtsbeziehungen . . . . .	472	177
1. Unitarischer Bundesstaat und föderaler Wettbewerb . . . . .	476	179
2. Unitarisierung durch staatsvertragliche Regelungen . . . . .	478	179
3. Bundestreue, bundesfreundliches Verhalten . . . . .	481	180
a) Verfassungssystematischer Standort und		
grundsätzliche Bedeutung . . . . .	481	180
b) Insbesondere: Kompetenzschränken . . . . .	483	181
c) Insbesondere: Verfahrenspflichten . . . . .	486	182
d) Akzessorischer Charakter der Bundestreue –		
Anspruchsgrundlage? . . . . .	488	183
III. Verwaltungskompetenzen . . . . .	496	185
1. Der Grundsatz: Regelzuständigkeit der Länder		
im Verwaltungsbereich . . . . .	500	186
2. Der Normalfall: Landeseigener Vollzug		
von Bundesgesetzen . . . . .	501	187
3. Regelzuständigkeit der Länder für nicht gesetzes-		
akzessorische Verwaltung . . . . .	504	188
4. Abweichung vom Regelfall: Bundesauftragsverwaltung . . . . .	507	189
5. Bundeseigene Verwaltung . . . . .	510	190
6. Ungeschriebene Bundeskompetenzen auch für		
die Verwaltung? . . . . .	514	191
7. Unzulässige Mischverwaltung und zulässige		
Kooperation im Bundesstaat . . . . .	516	192
8. Bundesaufsicht, Bundeszwang, Bundesintervention . . . . .	519	193
9. Der verfassungsrechtliche Auftrag der Bundeswehr . . . . .	524	196
IV. Die Rechtsprechung in der bundesstaatlichen Ordnung . . . . .	525	198
V. Die bundesstaatliche Finanz- und Haushaltsverfassung . . . . .	529	199
1. Überblick . . . . .	532	200
2. Der Ausgangspunkt: gesonderte Ausgabenträgung		
(Konnexität), Art. 104a GG . . . . .	533	200
3. Steuerertragshoheit und Finanzausgleich . . . . .	535	201
4. Verteilung der Steuergesetzgebung . . . . .	542	203
a) Steuern und sonstige Abgaben: Begriffliche		
Voraussetzungen . . . . .	542	203
b) Zuständigkeiten . . . . .	543	203
5. Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	546	204
a) Die Begrenzungs- und Schutzfunktion		
der bundesstaatlichen Finanzverfassung . . . . .	546	204
b) Prinzipiell zulässige Abgaben . . . . .	547	205
c) Sonderabgaben . . . . .	550	206
6. Exkurs: Die bundesstaatliche Haushaltsverfassung –		
Föderalismusreform II . . . . .	552a	207

*Inhaltsverzeichnis*

VI. Auswärtige Beziehungen und völkerrechtliche Verträge, Art. 32, 59 GG . . . . .	556	210
1. Völkerrechtliche Verträge: Verbandskompetenz und Organkompetenz, Art. 32 und Art. 59 GG . . . . .	558	211
2. Vertragsschluss- und Transformationsgesetz – das „Lindauer Abkommen“ . . . . .	560	212
<b>§ 6 Staatsziele</b> . . . . .	565	215
I. Das soziale Staatsziel . . . . .	565	215
1. Begriff und grundsätzliche Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	566	215
2. Zum Inhalt des Sozialstaatsprinzips . . . . .	567	216
3. Zur aktuellen Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	572	218
a) Sozialstaatsprinzip als unmittelbare Anspruchs- grundlage . . . . .	573	218
b) Sozialstaatsprinzip als Bestandsgarantie? . . . . .	576	219
c) Sozialstaatsprinzip als Eingriffslegitimation . . . . .	577	219
4. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat . . . . .	579	219
II. Staatsziel Umweltschutz . . . . .	581	220
III. Staatsziel Tierschutz . . . . .	587	223
IV. Die Staatszielbestimmungen der Landesverfassungen . . . . .	588	224

Zweiter Teil

**Staatsorgane**

<b>§ 7 Der Bundestag</b> . . . . .	592	227
I. Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung des Bundestags – Verfassungskonflikte . . . . .	597	229
II. Bildung des Bundestags, Zusammensetzung und Verfahren . . . . .	601	231
1. Verfahrensgrundsätze und Geschäftsordnung . . . . .	602	231
2. Ende der Wahlperiode und Neuwahlen . . . . .	606	233
III. Abgeordneter und Fraktion . . . . .	608	234
1. Der Abgeordnete . . . . .	608	235
a) Überblick: Rechte des Abgeordneten . . . . .	608	235
b) Das freie Mandat: Freiheit in der Ausübung, Repräsentation und Pflichtenstellung des Abgeordneten . . . . .	609	235
c) Freies Mandat und Parteizugehörigkeit des Abgeordneten . . . . .	614	238
d) Parlamentarische Beteiligungsrechte des Abgeordneten . . . . .	617	239
e) Weitere Statusrechte des Abgeordneten . . . . .	620	241



2. Fraktionen . . . . .	625	243
3. Der fraktionslose Abgeordnete . . . . .	630	245
IV. Organspezifische Rechte des Bundestags, insbesondere:		
Untersuchungsausschüsse . . . . .	634	246
1. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses . . . . .	636	247
2. Verfassungsmäßige Bestimmung des Untersuchungs-		
gegenstands . . . . .	637	248
a) Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands		
und Festlegung . . . . .	637	248
b) Materielle Schranken des Untersuchungsrechts . . . . .	638	248
3. Zum Verfahren im Untersuchungsausschuss –		
Beweiserhebungsrechte . . . . .	642	250
Exkurs: Landesverfassungsrecht . . . . .	645a	252
4. Weitere Informationspflichten der Exekutive –		
Informationsansprüche des Parlaments . . . . .	645b	253
<b>§ 8 Der Bundesrat . . . . .</b>	<b>649</b>	<b>259</b>
I. Rechtsstellung, Bedeutung und Zusammensetzung		
des Bundesrats . . . . .	653	260
1. Zur Funktion des Bundesrats in der bundesstaatlichen		
Ordnung des Grundgesetzes: Teilhabe der Länder an		
der Staatsgewalt im Bund . . . . .	653	260
2. Zusammensetzung und Verfahren des Bundesrats . . . . .	654	261
II. Aufgaben und Befugnisse . . . . .	657	262
1. Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes . . . . .	657	262
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	657	262
b) Einheitsthese und Änderung des zustimmungs-		
bedürftigen Gesetzes in seinen nicht zustimmungs-		
bedürftigen Teilen . . . . .	659	264
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes . . . . .	663	265
3. Bundesrat und Europa – Art. 23 GG . . . . .	664	265
III. Garantie der Mitwirkungsrechte – Bundesrat und		
„Ewigkeitsgarantie“ . . . . .	666	267
<b>§ 9 Die Bundesregierung . . . . .</b>	<b>671</b>	<b>270</b>
I. Die Bundesregierung als Verfassungsorgan:		
Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	674	271
II. Bildung und Amtsdauer der Bundesregierung . . . . .	677	273
1. Bildung der Bundesregierung . . . . .	678	273
2. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum . . . . .	681	274
3. Die Vertrauensfrage . . . . .	683	275

III. Interne Organisation und Aufgabenverteilung . . . . .	687	279
1. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip – zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung .	687	279
a) Systematik des Art. 65 GG . . . . .	687	279
b) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers . . . . .	688	279
c) Ressortkompetenzen, Kollegialprinzip . . . . .	691	280
2. Das Beschlussverfahren der Bundesregierung . . . . .	696	283
IV. Einzelne Kompetenzen der Bundesregierung . . . . .	698	284
<b>§ 10 Der Bundespräsident . . . . .</b>	<b>701</b>	<b>285</b>
I. Rechtsstellung und Bedeutung . . . . .	703	286
1. Stellung im Grundgesetz . . . . .	703	286
2. Zur Gegenzeichnungspflicht . . . . .	706	287
II. Kompetenzen des Bundespräsidenten, insbesondere das Prüfungsrecht . . . . .	712	288
1. Ausfertigung von Gesetzen und Prüfungscompetenz . .	712	288
2. Vertretung der Bundesrepublik nach außen . . . . .	717	291
3. Weitere Befugnisse . . . . .	720	292
4. „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten? . . . .	722	293
Anhang zu §§ 7–10: Staatsorgane der Länder . . . . .	726	295

Dritter Teil

**Der Schutz der Verfassung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit**

<b>§ 11 Das Bundesverfassungsgericht . . . . .</b>	<b>743</b>	<b>299</b>
I. Das Bundesverfassungsgericht: Bedeutung und verfassungsrechtliche Stellung . . . . .	743	299
II. Einzelne verfassungsgerichtliche Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	749	301
1. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr 1 GG; §§ 13 Nr 5, 63 ff BVerfGG . . . . .	750	301
2. Bund-Länder-Streit, Art. 93 Abs. 1 Nr 3 GG; §§ 13 Nr 7, 68 ff BVerfGG . . . . .	757	305
3. Sonstige föderale Streitigkeiten, Art. 93 Abs. 1 Nr 4 GG; §§ 13 Nr 8, 71, 72 BVerfGG . . . . .	762	307
4. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr 2 GG; §§ 13 Nr 6, 76 ff BVerfGG . . . . .	764	308
5. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr 2a GG; §§ 13 Nr 6a, 76 ff BVerfGG . . . . .	771	310
5a. Feststellung der Ersetzbarkeit von Bundesrecht, Art. 93 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr 6b, 97 BVerfGG . . . . .	772a	311
6. Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage), Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr 11, 80 ff BVerfGG . . . .	773	311

7. Verfassungsbeschwerden . . . . .	781	315
8. Weitere Verfahren . . . . .	785	316
III. Allgemeine Fragen des Verfahrens und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	791	318
1. Besonderheiten der Normprüfungsverfahren . . . . .	791	318
a) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	792	318
b) Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber . . . . .	793	319
c) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Nichtigerklärung oder Feststellung der Verfassungs- widrigkeit . . . . .	794	319
2. Einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungs- gerichts . . . . .	800	322
Anhang: Hinweise zu Zulässigkeitsfragen der Ausgangsfälle . . . . .	804	323
<b>§ 12 Landesverfassungsgerichtsbarkeit . . . . .</b>	<b>836</b>	<b>335</b>
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern: die wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	836	335
II. Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit im Verhältnis zueinander . . . . .	855	343
1. Der Grundsatz: Selbstständiges Nebeneinander . . . . .	855	343
2. Insbesondere: Landesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Landesgrundrechten in Anwendung von Bundesrecht . . . . .	859	345
Anhang: Schematische Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren . . . . .		347
<i>Sachregister . . . . .</i>		351